

Antrag 47/I/2025**UB Potsdam****Der/Die Bundestagsfraktion möge beschließen:****Der/Die Landesparteitag möge beschließen: Der/Die Bundestagsfraktion möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission
zurückgestellt****Wehrhafte Demokratie - Bekämpfung der AfD mit allen rechtsstaatlichen Mitteln**

1 Die SPD Potsdam sieht die AfD als größte inner-
2 deutsche Gefahr für unsere Demokratie und die frei-
3 heitlich demokratische Grundordnung an, die mit
4 allen rechtsstaatlichen Mitteln von Staat und Zi-
5 vilgesellschaft bekämpft werden muss. Der Schutz
6 des Grundgesetzes und unserer freiheitlich demo-
7 kratischen Grundordnung gebietet es, alle Werkzeu-
8 ge der wehrhaften Demokratie zur gebotenen Zeit
9 auch einzusetzen. Die gebotene Zeit für die Über-
10 prüfung der Verfassungswidrigkeit der AfD ist jetzt.
11 Deshalb müssen Materialien, die auf die Verfas-
12 sungswidrigkeit der AfD hindeuten durch das Bun-
13 desinnenministerium und die Landesinnenministe-
14 rien sorgfältig dokumentiert werden. Zeitgleich soll-
15 te eine Prüfung der Verfassungswidrigkeit vor dem
16 Bundesverfassungsgericht beantragt werden. Die
17 SPD sollte eine Führungsrolle darin einnehmen, die
18 AfD mit allen legitimen Mitteln des Rechtsstaats zu
19 bekämpfen.

20 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und ins-
21 besondere den Potsdamer Wahlkreisabgeordneten
22 Bundeskanzler Olaf Scholz, auf, sich innerhalb des
23 Bundestages und der SPD-geführten Bundesregie-
24 rung für einen Antrag zur Prüfung der Verfassungs-
25 widrigkeit der AfD durch das Bundesverfassungsge-
26 richt einzusetzen.

27

Begründung

28 Wie bspw. in ausführlich erläutert, ist es ein Ziel
29 der AfD, die freiheitlich demokratische Grundord-
30 nung (fdGO) zu beseitigen. Sie hat eine rassistisch-
31 national völkische Ausrichtung fest als Gesamtpar-
32 tei verankert.

34 Damit auf sie die Voraussetzungen für ein Parteiver-
35 bot bzw. den Ausschluss aus der Parteienfinanzie-
36 rung aus Artikel 21 GG: "Parteien, die nach ihren Zie-
37 len oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf
38 ausgehen, die freiheitlich demokratische Grundord-
39 nung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen [...], sind
40 verfassungswidrig." Anders als bei den missglück-
41 ten NPD-Verbotsverfahren ist die Potentialität, also

Einarbeitung in Leitantrag

42 dass die AfD die Möglichkeit haben könnte, die fdGO
43 zu beseitigen, gegeben. So zeigen Umfragen, dass
44 die AfD die Möglichkeit hat, in verschiedenen Bun-
45 desländern stärkste Kraft zu werden. Mit den nächs-
46 ten Wahlen könnte es auch in anderen Bundeslän-
47 dern wie Thüringen unmöglich sein, stabile Regie-
48 rungen zu bilden.

49 *Die AfD - Eine Gefahr für uns und unser politisches*
50 *System*

51 Derzeit hat die AfD in Wahlumfragen Ergebnisse von
52 bis zu über 20% deutschlandweit. Aus der Geschich-
53 te wissen wir, dass eine solche Stärke in kürzester
54 Zeit verheerende Folgen haben kann. So hatte die
55 NSDAP zur Reichswahl 1930, also nur wenige Jahre
56 vor der Machtergreifung "nur" eine Stärke von ca.
57 20%. Wir können hier auch nicht darauf vertrauen,
58 dass andere Parteien ihre sogenannten "Brandmau-
59 ern" aufrechterhalten können. Schon jetzt gibt es
60 auf verschiedenen politischen Ebenen immer wie-
61 der Ereignisse, wo verschiedene Parteien bei Anträ-
62 gen der AfD mitstimmen, ihre eigenen Anträge nur
63 mit Hilfe von AfD stimmen durchsetzen, AfD Vertre-
64 ter*innen in politische Ämter wählen oder die AfD
65 vor anderen demokratischen Parteien als Partner
66 sehen. Die AfD schafft es weiterhin Themen wie
67 die "im großen Stil abschieben" Debatten im politi-
68 schen Diskurs einzubauen und die demokratischen
69 Parteien vor sich her zu treiben. Außerdem sehen
70 wir, wie rechte Narrative, wie "die Grünen sind an
71 allem Schuld" in weiten Kreisen auch der konserva-
72 tiven Politiklandschaft aufgegriffen werden. Solche
73 Stimmungen können zu Einschüchterung von Politi-
74 ker*innen bis hin zu deren Ermordung führen

75 Zusätzlich muss erwähnt werden, dass die AfD mit
76 einer Minderheit in Landtagen und im Bundes-
77 tag erheblich die demokratischen Prozesse beein-
78 trächtigen und gefährden können. So kann bspw.
79 die Wahl von Landes- und Bundesverfassungsrich-
80 ter*innen nur mit einer Mehrheit erfolgen

81 In Thüringen haben wir gesehen, wie es aussehen
82 kann, wenn die AfD versucht, die Macht an sich zu
83 reißen. Lediglich die Richter*innen des Landesver-
84 fassungsgericht konnten den Versuch verhindern.
85 Doch wir müssen uns die Frage stellen, was passiert,
86 wenn diese Richter*innen aufgrund der Sperrmino-
87 rität der AfD nur noch mit deren Zustimmung be-
88 rufen werden können? Werden zukünftige Entschei-
89 dungen immer noch so Eindeutig gegen das Vor-
90 gehen der AfD ausfallen, wenn es AfD Sympathi-

91 sant*innen in den Gerichten gibt?

92 *Wenn nicht jetzt, wann dann? - Mittel der wehrhaf-*
93 *ten Demokratie nicht aus der Hand geben*

94 Grundsätzlich müssen wir uns die Frage stellen:
95 Wenn wir jetzt keinen Antrag auf ein AfD-Verbot
96 stellen, wann sollen wir es dann tun? Sollen wir dar-
97 auf warten, bis weitere engagierte Lehrer*innen von
98 Schulen vertrieben werden?

99 Bis noch größere Landesteile über Thüringen, Sach-
100 sen und Brandenburg für unsere Mitmenschen nicht
101 mehr begehbar sind, da sie Angst vor Angriffen und
102 Anfeindungen haben müssen? bis Schlägertruppen
103 der AfD nicht nur auf Instagram posieren und Angst
104 verbreiten sondern wirklich in Aktion treten und
105 Mitmenschen angreifen und verletzen? bis durch
106 die aufgehetzte Stimmung weitere (politische) Mor-
107 de passieren? Bis die AfD ein Landesparlament län-
108 ger als eine halbe Woche lahmlegt und es schafft,
109 die Macht im Parlament an sich zu reißen? Bis die
110 AfD tatsächlich an einer Landesregierung beteiligt
111 ist? Warten bis durch die Diskussion über die soge-
112 nannte "Remigration" wirklich zur Deportation und
113 Vertreibung von Mitmenschen führt?

114 *Wovor haben wir Angst? - Argumente gegen Verbots-*
115 *verfahren entkräften - An die Spitze der vielfältigen*
116 *demokratischen Bewegung stellen*

117 Eines der Hauptargumente gegen ein Verbotsver-
118 fahren scheint zu sein, dass die anstehenden Wah-
119 len dadurch schlecht laufen könnten, wenn wir uns
120 auf diese Weise entschieden gegen rechts stellen
121 und unsere Demokratie verteidigen [vgl.

122 Doch wir haben gesehen, wie viele Menschen auf
123 die Straße gehen, wenn es darum geht gegen Rechts
124 und gegen die AfD auf die Straße zu gehen Viele da-
125 von erwarten von uns, dass wir uns als Parteien an
126 die Spitze dieser Bewegung stellen und unsere Auf-
127 gabe wahrnehmen, das Verbotsverfahren zu bean-
128 tragen. Vielleicht hätte das also auch einen positi-
129 ven Effekt auf Wahlergebnisse! Lasst es uns wagen
130 das Richtige zu tun und dadurch die Wähler*innen
131 von uns zu überzeugen!

132 Auch, dass sich die AfD als Opfer inszenieren könnte,
133 ist kein Argument gegen ein AfD Verbotsverfahren.
134 Die AfD würde immer Wege finden, dies zu tun. Teil-
135 weise wird argumentiert, dass das Verbotsverfah-
136 ren keinen Effekt haben würde, da ehemalige Partei-
137 mitglieder schnell wieder eine neue Partei gründen
138 würden. Allerdings geht mit einem Verbot auch das
139 Verbot aller Nachfolgeorganisationen einher. Die or-

140 ganisierte Verbreitung rechten Gedankenguts wür-
141 de geschwächt werden.
142 Wir sollten in jedem Fall auch die AfD politisch be-
143 kämpfen. Wir haben aber bisher gesehen, dass dies
144 fast keine Auswirkungen hat bzw. unser Aufgreifen
145 von rechten Scheinproblemen zur Stärkung der AfD
146 führen kann und führt.
147 Die lange Dauer eines Verbotsverfahren kann je-
148 denfalls kein Grund für dessen Nicht-Durchführung
149 sein. Es sollte doch eher ein Argument sein, das Ver-
150 botsverfahren so schnell wie möglich zu beginnen,
151 bevor es zu spät ist.